

Stellungnahme

Eingebracht von: Dimitrov, Dimitar

Eingebracht am: 08.10.2020

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kurz,
Sehr geehrte Bundesministerin Edtstadler,

Die Free Knowledge Advocacy Group EU der Wikimedia ist ein Zusammenschluss der europäischen Wikimedia Organisationen um europaweit koordiniert die Interessen unserer Communities und Projekte zu vertreten.

Wikimedia ist ein Netzwerk von Vereinen, Plattformen, Gemeinschaften und eine Stiftung, die gemeinsam Projekte des freien Wissens betreiben. Die größten und bekanntesten sind Wikipedia, Wikimedia Commons (eines der größten Multimediaarchive) und Wikidata (eine der größten Datenbanken). Wikipedia ist die einzige gemeinnützige Webseite in den Top 10. Wir konkurrieren direkt mit den größten Plattformbetreiber der Welt. Unsere Projekte werden mehr als 16 Billionen Mal jeden Monat abgerufen. Wir finanzieren uns durch Spenden.

Als große, gemeinnützige Plattformen, die primär von autonomen Gemeinschaften erstellt und moderiert werden haben wir besondere Belange und möchten diese gerne dem österreichischen Gesetzgeber hiermit darlegen:

1. Für unsere Projekte wäre es einfacher wenn die Regeln, die wir befolgen müssen europaweit oder sogar weltweit gelten. Daher würden wir dazu raten, den europäischen Vorschlag zum Digital Services Act Paket abzuwarten (der im Dezember kommen soll), bevor national ein Gesetz verabschiedet wird, welches bereits Regeln aufstellt. Für unsere kleine Rechtsabteilung und unseren Communities ist es eine große Herausforderung einen Flickenteppich von Regeln und Ausnahmen im Auge zu behalten und umzusetzen. Zumindest kontinentale Richtlinien wären eine Erleichterung. Im Gegensatz zu den größten kommerziellen Plattformen können und wollen wir uns es nicht leisten Regeln auch mal zu ignorieren und einfach die Strafen zu zahlen.

2. Manche unserer Projekte sind dem letzten Stand nach nicht ausgenommen. Wikipedia ist zwar nicht mehr betroffen, aber Wikimedia Commons und Wikidata fallen noch darunter. Wir sind uns nicht sicher, dass dies vom Gesetzgeber so gewollt ist. Wenn doch, würden wir gerne wissen wiese genau diese Projekte als problematischer angesehen werden.

3. Wir würden uns wünschen, dass der Gesetzgeber Projekte, in denen sich eine Gemeinschaft erfolgreich (also über längere Zeit nachweislich und effizient gegen illegale Inhalte vorgeht) selbst moderiert, besonders berücksichtigt. In diesem Zusammenhang ist der §5 des Vorschlages - "Verantwortlicher Beauftragter" - noch nicht ausgereift. Wir machen uns sorgen, dass diese Forderung, so wie sie jetzt verfasst ist, unser erfolgreiches Modell der gemeinschaftlichen Moderation umkrepeln würde.

Mit den allerfreundlichsten Grüßen,

Dimitar Dimitrov
EU Policy Director

mobile: +32497720374
Rue Beillard 12 Beillardstraat
Brussels